



Inklusion ist keine Ideologie, sondern ein Menschenrecht!

In letzter Zeit mehren sich Beiträge in den Medien, die die Entwicklung hin zu einem inklusiven Schulsystem grundsätzlich ablehnen. So bezeichnete Hansgünter Lang, ehemaliger Staatssekretär des saarländischen Kultusministeriums, in einem Artikel in der FAZ Inklusion als „gesinnungsethische Beflissenheit“. Er selbst konnte offenbar in seiner langjährigen Zuständigkeit im Kultusministerium des Saarlandes wenig zur Qualitätssicherung der inklusiven Beschulung beitragen.

Unter dem Deckmantel des „Praxisschocks“ wird hier mit der verfehlten Personalpolitik und den fehlenden Ressourcen „abgerechnet“, Inklusion als „moralische Verpflichtung“ abgetan und das exkludierende System der Förderschulen als fortschrittlich bezeichnet. Eine solchermaßen verkürzte Argumentation, publiziert in einer renommierten Tageszeitung, wird leider auch von einer auf das Schüren von Ressentiments ausgerichteten Partei wie der AfD dankbar aufgegriffen.

Inklusion ist ein Menschenrecht. Alle Menschen, egal ob groß, klein, dick, dünn, mit oder ohne Einschränkung, deutscher oder nichtdeutscher Herkunft, haben das gleiche Recht auf Bildung und Teilhabe! Es ist gesellschaftlich, ethisch, menschlich und moralisch verwerflich, alles, was nicht dem Leistungsgedanken entspricht, auszusortieren.

Der Landeselternbeirat von Hessen, die Landesschülervertretung, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen sowie Gemeinsam leben Hessen e.V. betrachten das verbrieftete Recht auf inklusive Beschulung als eine fortschrittliche Errungenschaft. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es bei der Umsetzung noch vielerlei Schwierigkeiten gibt: Es fehlt an personellen Ressourcen, die bauliche und sächliche Ausstattung der Schulen lässt zu wünschen übrig und in manchen – mitunter vermeintlich klugen – Köpfen mangelt es noch an Akzeptanz. Aber der Weg ist der Richtige. Ein Zurück kann und darf es nicht geben.

Deshalb fordern wir weiterhin eine qualifizierte Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, eine förderpädagogische Grundausstattung der allgemeinen Schulen, multiprofessionelle Teams und Doppelbesetzung, um ein Mindestmaß an Qualität gewährleisten zu können. Langfristig ist damit die weitgehende Abschaffung von Förderschulen möglich und sinnvoll. Wir fordern von der hessischen Landesregierung, die benötigten Rahmenbedingungen für eine gelingende Inklusion sicherzustellen.

Dem ehemaligen Staatssekretär Lang, wie auch anderen Fundamentalkritikern der Inklusion, empfehlen wir den Besuch von erfolgreich inklusiv arbeitenden Schulen, wie beispielsweise die Römerstadtschule in Frankfurt oder die Sophie-Scholl-Schule in Gießen. Begegnung schafft Verständnis und Wissen!